



ANTRAGSMAPPE

für das 1. Wiener AHS-SchülerInnenparlament

Titel: Lernen fürs Leben

Nr. 1

Antragstellerin: Enna Zagorac ANGENOMMEN

Schule: Rainergymnasium ABGELEHNT

Beschreibung:

Wie führe ich ein Konto gut und richtig? Was sind meine Stärken und Schwächen? Wie kann ich sie am Arbeitsmarkt einsetzen?

AHS-Schüler/innen wissen heutzutage oftmals nicht einmal wie man ein Bankkonto erstellt und es profitabel führt. Auch die Wandlungen am Arbeitsmarkt oder die Kosten für ein Jahr auf eigenen Beinen sind Schüler/innen der AHS nicht wirklich bekannt.

Schule sollte nicht nur die Basis unserer intellektuellen Aus- und Weiterbildung sein, sondern uns auch auf das Leben nach der Schule vorbereiten. Sie sollte uns Hilfestellungen bieten und erklären wie wir später alltägliche, für uns jedoch neue Situationen meistern. Deswegen fordern wir „Lernen fürs Leben“ als unverbindliche Übung in der AHS-Oberstufe, um Schüler/innen einen praxisbezogenen Unterricht anzubieten, der uns auf die Arbeitswelt und den Alltag nach der Schule vorbereitet.

Forderungen:

- Mehr wirtschaftliche Themen auch für die AHS
- „Lernen fürs Leben“ als unverbindliche Übung in der Oberstufe, mit dem Schwerpunkt auf Lerninhalte wie das Bankensystem, die Arbeitswelt, Bewerbungstraining und Konsumentenschutz.

Titel: Feedback für Unterrichtspraktikant/innen

Nr. 2

Antragstellerin: Clara Bauer ANGENOMMEN

Schule: AHS Franz-Asenbauer-Gasse ABGELEHNT

Beschreibung:

Im Rahmen der Lehrer/innenausbildung geht jede/r angehende Lehrer/in ein Jahr lang in eine Schule und unterrichtet dort als Unterrichtspraktikant/in. Das Ziel dieses Probejahres ist, dass jede/r Junglehrer/in von einem/r erfahrenen Betreuungslehrer/in in ihrem/seinem ersten Unterrichtsjahr begleitet wird, und um zu sehen, ob er/sie auch wirklich für den Lehrberuf geeignet ist. Außerdem soll der/die Unterrichtspraktikant/in möglichst viel dabei lernen und sich weiterentwickeln.

Am Ende dieses Jahres erhält jede/r Unterrichtspraktikant/in einen Bewertungsbogen, eine Art Zeugnis von dem/r Direktor/in und dem/der jeweiligen Betreuungslehrer/in, in dem genau ausformuliert steht, wie sich der/die Unterrichtspraktikant/in als Lehrer/in gemacht hat, wo seine/ihre Stärken und wo seine/ihre Schwächen liegen.

Doch leider ist es nicht vorgesehen, dass der/die Unterrichtspraktikant/in auch Feedback von seinen/ihren Schüler/innen bekommt, obwohl deren Meinung und Verbesserungsvorschläge den Unterricht betreffend eigentlich am wichtigsten für den/die jeweilige/n Lehrer/in und besonders den/die Unterrichtspraktikanten/in sind.

Deswegen fordern wir, dass jede/r Unterrichtspraktikant/in ein anonymes Feedback ihrer/seiner unterrichteten Klassen am Ende des Jahres bekommt.

Geben wir den Unterrichtspraktikant/innen die Chance sich weiterzuentwickeln und erhöhen wir somit die Qualität unserer Lehrer/innen!

Forderungen:

- Jede/r Unterrichtspraktikant/in soll am Ende des Jahres Feedback von den Schüler/innen ihrer/seiner unterrichteten Klassen bekommen.
- Dieses Feedback sollen die Schüler/innen in Form eines standardisierten und anonymen Fragebogens ausfüllen.

Titel: Tutorensystem für jede Schülerin und jeden Schüler

Nr. 3

Antragsteller:	Konstantin Viehweider	<input checked="" type="radio"/>	ANGENOMMEN
Schule:	BG Franklinstraße 26	<input type="radio"/>	ABGELEHNT

Beschreibung:

Zur Zeit wird Nachhilfe immer teurer. Preise von bis zu 40€ pro Stunde sind keine Seltenheit mehr. Dazu kommen manchmal noch lange Wege zu den jeweiligen Nachhilfelehrer/innen.

Es gibt aber auch eine kostengünstigere und effektivere Nachhilfe: das Tutorensystem. Schüler/innen, die jüngeren Schüler/innen Nachhilfe anbieten wollen, müssen sich bei ihrem/seinen jeweiligen Lehrperson autorisieren lassen und können sich dann an die Schüler/innenvertretung wenden. Die Schüler/innenvertretung übernimmt die Vermittlung, d.h. Schüler/innen die Nachhilfe brauchen, können sich bei dieser melden und bekommen Tutoren zugeteilt. Besonders wichtig ist ein einheitliches Honorar, welches zwischen 5€ bis 10€ liegen sollte. Ein wesentlicher Vorteil gegenüber einer professionellen Nachhilfe ist nicht nur der Preis, sondern auch die Tatsache, dass der/die Tutor/in, sowie der/die Schüler/in, dieselbe Lehrperson im Unterricht haben.

Oft reicht es, bei eine/m Tutor/in den Stoff nachzulernen oder zu wiederholen. Deswegen sollte es an jeder Schule die Möglichkeit geben bei eine/m Tutor/in zu lernen und diese sollte das Projekt mit Räumlichkeiten, wo die Schüler/innen am Nachmittag ungestört lernen können, unterstützen.

Forderungen:

- Jede Schule muss ein Tutorensystem anbieten
- Die Schule muss die Tutoren mit Räumlichkeiten unterstützen

Titel: Berufspraktische Tage

Nr. 4

Antragstellerin: Daryl Chou ANGENOMMEN

Schule: AHS Kenyongasse ABGELEHNT

Beschreibung:

„Was arbeite ich in der Zukunft?“, „Wie verfasse ich meinen Lebenslauf?“ oder „Wie verhalte ich mich bei einem Bewerbungsgespräch?“ - Diese Fragen beschäftigen Schüler/innen im Laufe ihrer Schulkarriere. Viele Schüler/innen im AHS-Bereich bekommen aber oft keinen Einblick in die Arbeitswelt, mit der sie eines Tages konfrontiert werden. Um dies zu vermeiden, sollen berufspraktische Tage in der 11. Schulstufe für jeden Bereich des Gymnasiums, mindestens 5 Tage an den Schulen durchgeführt werden. Damit die Schüler/innen diese vorbereitet starten und gut beenden können, sind verpflichtende Vor-, und Nachbesprechungen mit ausgewählten Betreuungslehrer/innen notwendig.

Damit auch AHS-Schüler/innen optimal aufs Berufsleben vorbereitet sind!

Forderungen:

- Mindestens fünf berufspraktische Tage für AHS-Schüler/innen der 11.Schulstufe
- Betreuungslehrer/innen sollen Schüler/innen bei der Arbeit mit Vor-, und Nachbesprechungen unterstützen.

Titel: Druckkosten von Fachbereichsarbeiten

Nr. 5

Antragsteller:	Markus Kränkl	<input checked="" type="radio"/>	ANGENOMMEN
Schule:	AHS Wenzgasse	<input type="radio"/>	ABGELEHNT

Beschreibung:

Viele Schüler/innen schreiben eine Fachbereichsarbeit. Um die vielen Exemplare ausdrucken zu können, müssen aber viele einen großen Druckkostenbetrag aufbringen. Man braucht jeweils ein Exemplar für sich selbst, für den/die Lehrer/in, für den Vorsitzende/n und für die Bibliothek. Die Fachbereichsarbeiten sollen schön gebunden sein. Dafür müssen die Schüler/innen ihre FBAs oft in einer Druckerei drucken und binden lassen, was wiederum noch mehr Kosten verursacht. Die Kosten für den Druck sollten kein Kriterium sein, ob man eine Fachbereichsarbeit schreibt oder nicht. Deswegen sollten die Druckkosten von Fachbereichsarbeiten von der Schule übernommen werden, oder die Möglichkeit geboten werden in der Schule die vielen Exemplare auszu-drucken.

Forderungen:

- Die Schule soll die Druckkosten von Fachbereichsarbeiten entweder übernehmen oder die Möglichkeit bieten, die Fachbereichsarbeit in der Schule zu drucken.

Titel: Herabsetzung der Teilungsgröße auf 20 Schüler/innen

Nr. 6

Antragsteller: Fabian Sommer

ANGENOMMEN

Schule: Akademisches Gymnasium Wien

ABGELEHNT

Beschreibung:

Wie allen bekannt ist, fördern kleinere Unterrichtsgruppen das Lernen. Deswegen beantragen wir, dass die Teilungsgröße auf 20 Schüler/innen herabgesetzt wird. Dies ermöglicht eine bessere Lernatmosphäre für alle Schüler/innen und Lehrer/innen.

Zusätzlich dazu gibt es an vielen Gymnasien das Problem, dass wenn Klassen, die in der Unterstufe getrennt waren, später wieder zusammengelegt werden, unterschiedliche Unterrichtsniveaus erforderlich sind. Dieses Problem würde auch durch die Senkung der Teilungszahlen bekämpft werden.

Forderungen:

- Senkung der Teilungsgröße auf 20 Schüler/innen in Unterrichtsfächern, in denen es von der Schule für notwendig gehalten wird.

Titel: Kreuze raus aus den Klassenzimmern!

Nr. 7

Antragstellerin: Sonja Luksik

ANGENOMMEN

Schule: AHS Haizingergasse

ABGELEHNT

Beschreibung:

„Kreuze in Schulkassen sind menschenrechtswidrig. Sie sind religiöse Symbole und die dürfen Menschen nicht aufgezwungen werden.“

Dieses Urteil fällt der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte. Warum hängt dann in Österreich noch immer in jedem Klassenraum einer öffentlichen Schule ein Kreuz?

Kreuze haben in öffentlichen Gebäuden nichts verloren, speziell in Schulen ist das Anbringen eines Kreuzes problematisch. Zwar ist es gesetzlich vorgeschrieben, bei einer Mehrheit an Christen ein Kreuz aufzuhängen, aber sind Kinder tatsächlich einer Religion zugehörig?

Wir werden erst mit 14 Jahren religionsmündig, davor wird das Religionsbekenntnis von unseren Eltern festgelegt.

Mit dem Kreuz wird das Recht der Kinder, zu glauben oder nicht zu glauben, verletzt.

Aber: Das Recht, ohne Religion zu sein, gehört zur Religionsfreiheit und besonders im Bereich von Bildung und Erziehung hat der Staat hat die Aufgabe, dieses Recht zu schützen!

Glauben und Wissensvermittlung sind nicht vereinbar! Bildung lebt von Skepsis und kritischer Neugier. Doch Kreuze stehen für unkritisches Glauben, für Unterweisung in Rituale und Mythen.

Dafür darf die Schule keinen Platz bieten!

Daher fordere ich: Kreuze raus aus den Klassenzimmern!

Forderungen:

- Kreuze raus aus den Klassenzimmern!

Titel: Gegen ein differenziertes Bildungssystem

Nr. 8

Antragsteller:	Elias Seifert	<input checked="" type="radio"/>	ANGENOMMEN
Schule:	GRG17 Geblergasse	<input type="radio"/>	ABGELEHNT

Beschreibung:

Chancengleichheit bedeutet, dass alle Menschen egal welcher sozialen Herkunft, welchen Geschlechts oder welcher Nationalität die gleichen Möglichkeiten auf Bildung haben. In Österreich ist das theoretisch auch so. Es gibt kein Gesetz, das Kindern mit ärmeren Eltern verbietet, eine teure Privatschule zu besuchen. Es gibt kein Gesetz, das Mädchen aus höheren technischen Lehreinrichtungen fernhält. Und es ist auch nicht gesetzlich verboten, dass MigrantInnen maturieren.

Trotzdem haben Kinder von Eltern, die studiert haben, achtmal bessere Chancen, selbst in eine AHS zu gehen, als Kindern von Eltern mit Pflichtschulabschluss – nämlich 79 zu 10 Prozent. Trotzdem haben Schulen mit hauswirtschaftlichem Schwerpunkt einen Mädchenanteil von 89 Prozent, während in höheren technischen Lehreinrichtungen 93 Prozent Burschen die Mehrheit bilden. Trotzdem besuchen ein Vierte (!) der österreichischen MigrantInnenkinder eine Sonderschule, während lediglich 4,1 Prozent in AHSen zu finden sind.

Eine solche offensichtliche gesellschaftliche Ungerechtigkeit, die durch das äußerst wirksame differenzierte Bildungssystem in Österreich hervorgerufen wird, muss zukünftig verhindert werden. In einer gemeinsamen Schule der 6 – 14 jährigen sind nicht mehr die soziale Situation der Eltern, Geschlecht oder Herkunft die entscheidenden Faktoren für die Zukunft österreichischer Kinder und Jugendlicher. Auch die frühe Selektion nach dem 4. Volksschuljahr, die eine bewusste Entscheidung für einen passenden Schultyp wesentlich erschwert, könnte durch diese Neuregelung umgangen werden. Nach dem 14 Lebensjahr stehen Interessen und Stärken meist um vieles fester als im zarten Alter von 10.

Das Ziel einer gemeinsamen Schule muss es darüber hinaus sein, allen Schülern und Schülerinnen gemäß ihrer sehr unterschiedlichen Talente und Schwachstellen zu fördern und jedem und jeder einzelnen die bestmögliche Bildung zu garantieren.

Nicht Notenschubladisierung und Sitzenbleiben können dafür das Rezept sein, sondern individuelle Förderung und ermöglichte Freude am Lernen.

Höhere Bildungsqualität und die Abschaffung sozialer Ausschlussmechanismen können nur das Resultat einer längst fälligen Bildungsreform sein, die die Einführung einer sozial gerechten, gemeinsamen Schule befreit von Leistungszwang und Notendruck zur Folge hat.

Forderungen:

- Die Aufhebung des selektiven Schulsystems in Österreich
- Die flächendeckende Einführung der neuen Mittelschule

Titel: Verhütung an Schulen

Nr. 9

Antragsteller: Markus Berger ANGENOMMEN

Schule: BRG23 Anton Baumgartnerstraße ABGELEHNT

Beschreibung:

Sexuelle Aufklärung zählt zu den verantwortungsvollsten Aufgaben eines fortschrittlichen und egalitären Schulsystems. Da nicht für alle Jugendlichen gleichermaßen diesbezüglich Zugang und Information durch die Familie garantiert ist, liegt es an der Schule, umfassende und gleiche Aufklärung zu leisten und Jugendlichen einen angstfreien, bewussten und verantwortungsvollen Zugang zur Sexualität zu vermitteln.

Im Biologieunterricht findet dieser Grundsatz derzeit wenig Beachtung. Nicht ein für alle Schulen gültiges, durchdachtes und sinnvolles Konzept steht hinter dem jetzigen Aufklärungsunterricht, viel eher der Zufall scheint darüber zu entscheiden, wie intensiv und in welcher Art und Weise sich die jeweilige Lehrkraft dem Thema widmet.

Bei den meisten österreichischen Schülern und Schülerinnen bleiben auch nach einer durchlaufenen Gymnasialzeit und den im Biologieunterricht mehrmals eher oberflächlich gestreiften Aufklärungseinheiten noch viele Fragen offen. Vor allem Aspekte, die nicht ausschließlich die Anatomie betreffen, aber auch einen wesentlichen Bestandteil der Sexualität darstellen, etwa Ängste, Sorgen und Unsicherheiten wie auf dem Gebiet der Verhütung, werden im Unterricht nicht oder nur am Rande thematisiert.

Dabei ließen sich gerade unangenehme Verhütungsängste, Ängste und Unselbstbewusstsein durch eine offenere und positivere Herangehensweise leicht verhindern. Zu einer solchen wünschenswerten Einstellung in Hinsicht auf Sexualität zählt auch die Bereitstellung von Verhütungsmitteln an den Schulen selbst, die die Selbstverständlichkeit im Umgang mit Verhütungsmitteln symbolisieren und Kondome zu einer alltäglichen, für alle einfach zugänglichen und weitgehend unpeinlichen Angelegenheit werden lassen sollen. In skandinavischen Ländern sind verschiedenste Verhütungsmittel schon seit langem kostenlos erhältlich, was die Jugendschwangerschaftsrate auf einen europäischen Tiefststand gesenkt hat. Wir fordern auch für Österreich einen so vernünftigen und fortschrittlichen Zugang zu sexueller Aufklärung und daher die Einführung freier Kondomentnahmestellen an österreichischen Schulen.

Forderungen:

- Fortschrittlicher Aufklärungsmaßnahmen wie etwa jährlicher, von externen ExpertInnen durchgeführter und geschlechtergetrennter Aufklärungsunterricht
- Kondome zur freien Entnahme an den Schulen

Titel: Sensibilisierung der Lehrkräfte gegenüber sexistischen und rassistischen Übergriffen oder Äußerungen

Nr. 10

Antragstellerin: Bernadette Huber

ANGENOMMEN

Schule: AHS Wasagasse

ABGELEHNT

Beschreibung:

Sowohl Rassismus als auch Sexismus wird, so wie in vielen Lebensbereichen, auch in der Schule weitgehend negiert oder ‚übersehen‘. Es findet eine Desensibilisierung der SchülerInnen und LehrerInnen in diesem Bereich statt, wodurch rassistische oder sexistische Äußerungen nicht als solche wahrgenommen werden und auch selten eingeschritten wird. So wird den Kindern und Jugendlichen bereits im Schulalter angelern, dass Äußerungen oder Übergriffe dieser Art in der Gesellschaft weitgehend toleriert werden, was auf keinen Fall akzeptabel ist, da solche Aktionen die Menschenwürde verletzen.

Ziel jeder menschengerechten Bildungspolitik muss ein Bildungssystem sein, welches die Bildung selbstständiger, mündiger, verantwortungsvoller, aufgeklärter und kritischer Menschen gewährleistet, die sich an der Würde des Menschen und nicht an Rassismus und Sexismus orientieren, denn nur so kann der Fortschritt in der Gesellschaft vorangetrieben werden.

Rassismus und Sexismus sind in der Gegenwart leider sehr wohl noch ein Thema, womit man jeden Tag konfrontiert wird. Nur wenn man von Kindesalter an in der Erziehung Wert legt auf die Vorbeugung dieser gesellschaftlichen Phänomene, können wir sie wirklich nachhaltig bekämpfen.

Außerdem ist es wichtig, die SchülerInnen zu befragen und etwa in einer jährlichen, geschlechter-spezifischen Ausarbeitung mit SchulpsychologInnen über die sexistischen und rassistische Vorfälle des vergangenen Jahres zu reden und Tipps bereitzustellen, wie solche vermieden werden können.

Forderungen:

- Sensibilisierung der LehrerInnen gegenüber sexistischen und rassistischen Äußerungen: etwa durch spezielle Kurse zur Vorbeugung von Sexismus und Rassismus
- Jährliche geschlechtergetrennte Ausarbeitung mit SchulpsychologInnen

Titel: Gegenaktion zu Bologna Prozess Feierlichkeiten im März

Nr. 11

Antragstellerin: Anna Svec

ANGENOMMEN

Schule: BRG18 Schopenhauerstraße

ABGELEHNT

Beschreibung:

Am vergangenen Wochenende trafen sich die BildungsministerInnen der EU in Wien und Budapest um den Bologna Prozess zu feiern. Zu feiern gab es in den Augen derer, die real von den im Bolognaprogramm festgehaltenen Punkten betroffen sind, aber eher wenig. Tausende Studenten und Studentinnen demonstrierten am Donnerstag gegen Vereinheitlichung und Verwirtschaftung der Universitäten.

Doch was ist eigentlich der Bologna Prozess gegen den so viele Menschen protestieren und auf die Straße gehen? Sein offizielles Ziel ist es, ein einheitliches europäisches Hochschulwesen zu schaffen. Bologna-Erklärung ist für die Staaten völkerrechtlich nicht bindend und beruht nur auf freiwilliger Basis.

Aber warum wehren sich schon seit seinen Anfängen StudentInnen und viele andere gesellschaftliche Gruppierungen gegen diese Erklärung? Der Bolognaprozess will Leute für die Arbeitswelt ausbilden und das möglichst schnell. Deshalb gibt es auch die neue Unterteilung der Abschlüsse in Bachelor, Master und PhD. Um eines dieser „Level“ zu erreichen muss man ECTS-Punkte sammeln, diese Punkte bekommt man durch Vorlesungen und Seminare. Je mehr angehäuften Punkte, desto höher ist dein „Level“ bzw dein Abschluss angesetzt. Das Ganze erinnert stark an die Regeln eines Super Mario Spiels. Das ist ja ganz in Ordnung, solange es sich auf die Konsole beschränkt, soll allerdings nicht das Zukunftskonzept unserer Bildung verkörpern.

Forschungsarbeit wurde bei den meisten Studienrichtungen im Bachelor komplett gestrichen, das Studium dient nur noch der Ausbildung, statt einer umfassenden, verschiedenartig nutzbaren und komplexen Allgemeinbildung. Der Lernstoff wurde geändert, keinesfalls aber reduziert, trotz einer selbstverständlich zusätzlich verkürzten Studienzeit. All diese Änderungen zusammengenommen bringen vor allem Verschlechterungen für Personen mit sich, die neben dem Studium arbeiten müssen, um sich ihren Lebensunterhalt zu finanzieren. Wenn die Universitäten nur noch vereinheitlichte, möglichst rasch zu durchlaufende und immer weniger auf Allgemeinbildung ausgerichtete Ausbildungsstätten darstellen sollen, dann stellt sich die Frage, aus welchem Grund, wie in der Bologna-Erklärung angegeben wird, die Mobilität der StudentInnen gefördert werden soll. Sobald jede Universität durch eine andere in Europa ersetzbar ist, braucht man keinerlei Standortwechsel vorzunehmen um sich weiterzubilden. Sobald an den Universitäten, entgegen ihrer ursprünglichen Bestimmung der Lehre freier Geisteswissenschaften auf verschiedenstem Gebiet allein zu dem Zweck der Erkenntnis und der umfangreichen Bildung nur noch wirtschaftlich orientierte, stark spezialisierte und damit eingeschränkte Berufsausbildung betrieben wird, haben Universitäten ihre Existenzberechtigung eingebüßt. Dann braucht es sie nicht mehr. Wie wir sehen können ist die Bologna Erklärung nicht einmal in sich selbst schlüssig. Deshalb und aus vielen anderen Gründen sind Proteste mehr denn je angebracht und von einer bildungspolitischen Warte unterstützenswert.

Forderungen:

- Thematisierung und Aufklärung über Motive, Hintergründe und Konsequenzen des Bolognaprozesses durch die lsv.
- Bildung einer Arbeitsgruppe zum Thema und Gestaltung einer Broschüre entlang der dort erarbeiteten Ergebnisse und Positionen.

Titel: Für einen allumfassenden Unterricht zum Thema Drogen

Nr. 12

Antragsteller:	Jorge Ricci	<input checked="" type="radio"/>	ANGENOMMEN
Schule:	Ella Lingens Gymnasium	<input type="radio"/>	ABGELEHNT

Beschreibung:

Wir haben zurzeit an den Schulen das Problem, dass das Thema Drogen unzureichend im Unterricht behandelt wird. SchülerInnen lernen nur, welche Wirkungen bestimmte Substanzen haben beziehungsweise deren Konsumation zu unterlassen. Dies hindert jedoch SchülerInnen keineswegs daran, Drogen (legale, wie illegale) zu probieren oder regelmäßig zu sich zu nehmen. Durch die unzureichende Aufklärung kommt es oft -vor allem bei den ersten Versuchen- zu verschiedenen gefährlichen Situationen wie zum Beispiel Überdosierung oder falschen Mischkonsum.

Wir benötigen dringend einen allumfassenden Aufklärungsunterricht der neben den (negativen) Wirkungen und längerfristigen (negativen) Auswirkungen von Drogen, auch deren risikoarmen Gebrauch (Umgebung, psychologische Verfassung, Reinheit, Dosierung, etc.) beinhaltet. SchülerInnen sollen dadurch die Möglichkeit haben, durch Kenntnis sämtlicher Faktoren, ihre eigene Einstellung zu Drogen zu entwickeln und somit ein gestärktes Bewusstsein (und Selbstbewusstsein) bezüglich diesem Thema zu entwickeln. Dies soll keineswegs ein Aufruf zur Konsumation von berauschenden Substanzen, jedoch eine Hilfe zur ungefährlichen Verwendung derer, und somit eine deutliche Risikoreduzierung, sein. Verbote sind häufig nicht der Weg zu einem verantwortungsbewussten und vernunftorientierten Umgang mit suchgefährdenden Substanzen, sondern der zusätzliche Reiz. Weiche Drogen zu verbieten schränkt, auch nach Meinung offizieller Studien zum Thema, nicht den Drogenkonsum an sich ein sondern rückt ihn in die Illegalität, wodurch sich erhöhtes Risiko, Unsicherheiten und unkontrollierbare Handel ergeben. Um tatsächliche Prävention zu betreiben, muss der Konsum bestimmter weicher Drogen sichtbar und legal sein und auf dem Weg der Aufklärung erwidert werden.

Forderungen:

- Ein Miteinbeziehen der richtigen Verwendung (Art, Dosierung, Wechselwirkungen, Umgebung, etc.) verschiedenster Drogen in den Unterricht.
- Mindestens eine (dementsprechend ausgebildete) Person pro Schule, die SchülerInnen zu verschiedensten Fragen rund um Drogen anonym zur Verfügung steht.
- Verteilung von Infomaterial nach Vorbild von *ChEckiT* oder *Drug Scout* an den Schulen beziehungsweise die Möglichkeit solches jeder Zeit an den Schulen zu besorgen.
- Mindestens einen Projekttag mit externen ExpertInnen, die in Diskussionen (maximal klassenintern) für die SchülerInnen zur Verfügung stehen.

Titel: Verhaltensskala

Nr. 13

Antragsteller: Jeremy Djordjevic

ANGENOMMEN

Schule: AHS Rahlgasse

ABGELEHNT

Beschreibung:

Wir wollen das Zusammenleben im schulischen Alltag für alle Beteiligten gut und zufriedenstellend gestalten.

Um dies zu ermöglichen, bedarf es gewisser Regeln. Die Verhaltensskala zeigt systematisch auf, mit welchen Konsequenzen an unserer Schule bei Regelverstößen zu rechnen ist. Besonders wichtig ist es aber auch, den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit zu bieten, durch eine Wiedergutmachung eine Verschlechterung der Verhaltensnote zu verhindern. Ein respektvoller Umgang miteinander ist sehr wichtig. Wenn es Konflikte unter Schüler/innen gibt, dann kann man sich an die Streithelferinnen und Streithelfer wenden. Sie können auch bei der Konfliktlösung helfen. Ist dieser Weg erfolgreich, muss die Verhaltensskala nicht angewendet werden.

Für eine transparente Notengebung im Verhalten!

Forderungen:

- Einheitliche, transparente Verhaltensskala an allen Wiener AHS laut beigefügtem Konzept

Titel: Lehrer/innen-Kontrolle

Nr. 14

Antragsteller:	Corbinian Wiesauer	<input checked="" type="radio"/>	ANGENOMMEN
Schule:	AHS Gerasdorfer Straße	<input type="radio"/>	ABGELEHNT

Beschreibung:

Zurzeit werden nur wir Schüler/innen kontrolliert und zwar durch Schularbeiten, Tests, Wiederholungen etc. Es kommt jedoch auch vor, dass Lehrer/innen im Unterricht fachlich nicht mehr ganz auf dem neuesten Stand sind. Lehrer/innen werden nur auf ausdrücklichen Wunsch durch den/die Landeschulinspektor/in kontrolliert. Diese Kontrollen werden jedoch angekündigt und die Lehrer/innen können sich gezielt auf diese Stunde vorbereiten, wobei wieder nicht der normale Unterricht „kontrolliert“ wird. Außerdem beharren manche Lehrer/innen auf deren alten Lehrmethoden und versperren sich gänzlich den neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen in der Pädagogik oder der Didaktik. Deshalb soll das Angebot für Lehrer/innenfortbildung erweitert werden. Beim derzeitigen Platz sind nämlich die meisten Plätze nach kurzer Zeit vergriffen und es gibt alles in allem einfach zu wenige Fortbildungen.

Forderungen:

- Unangekündigte Lehrer/innen-Kontrollen durch den/die Landeschulinspektor/in
- Verpflichtende Lehrer/innen-Fortbildung und den Ausbau des Angebots

Titel: Individualisierung in der Oberstufe

Nr. 15

Antragsteller:	Niklas Schraml	<input checked="" type="radio"/>	ANGENOMMEN
Schule:	Sacré Coeur Wien	<input type="radio"/>	ABGELEHNT

Beschreibung:

Die Tatsache, dass die Wahlmöglichkeiten der SchülerInnen bezüglich ihrer Unterrichtsgegenstände (entsprechend ihrer persönlichen Interessen) auf ein absolutes Minimum beschränkt ist, kann nicht länger geduldet werden. Sie liegt zudem einem Schulsystem zu Grunde, das den Glauben in eigenständige SchülerInnen, die sich ihrer Stärken, Schwächen und Interessen bewusst sind und sich dementsprechend ihren Stundenplan zusammenstellen, verloren hat. Ziel sollte es doch sein, uns SchülerInnen einen möglichst guten Zugang zu unseren persönlichen Interessen zu verschaffen und uns bei Ausübung dieser zu unterstützen, indem es uns ermöglicht wird, uns unseren Stundenplan selbstständig entsprechend unserer Interessen zusammenzustellen, indem wir Fächer, für die wir uns nicht sonderlich interessieren, abwählen, während wir unsere Lieblingsfächer intensivieren.

Bezüglich der Studienwahl sind wir SchülerInnen vollkommen uns selbst überlassen, werden von Seiten der Schule diesbezüglich kaum informiert oder unterstützt. Deshalb sollte es an den Schulen eine zuständige Fachkraft geben, die für die Oberstufe zur Verfügung steht, indem sie uns sagt, welche Möglichkeiten wir haben, welchen Vorgaben wir nachkommen müssen, also welche Noten für die Aufnahme an der jeweiligen Universität benötigt werden und natürlich, wie wir uns anmelden können und was diese Anmeldung alles inkludiert.

Forderungen:

- Selbstständiges Zusammenstellen des Stundenplans von OberstufenschülerInnen abgesehen von den einzig verbleibenden Pflichtgegenständen Deutsch, Englisch und Mathematik.
- Erstellung von Leistungsgruppen im Mathematikunterricht, in denen die SchülerInnen eines Jahrgangs entsprechend ihrer Gruppe unterrichtet werden.
- Bildungsberatung in Form einer auf diesem Gebiet ausgebildeten Fachkraft an allen Wiener Gymnasien.